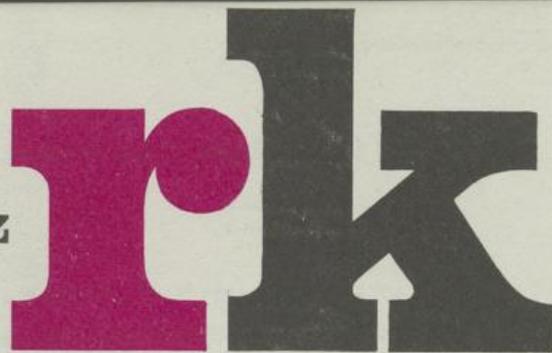


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 11. Dezember 1978

Blatt 3054

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS

ausgesendet:
(violett)

Brand bei Firma Schärdinger

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte

Nur über FS:

10.12. Ottakringer Wohnung total ausgebrannt

11.12. Liesing: Explosion in Einfamilienhaus
Floridsdorf: Spielwarengeschäft in Flammen

.....
bereits am 10. dezember ueber fernschreiber ausgesendet
.....

l o k a l :

=====

grossbrand bei firma schaedinger

1 wien, 10.12. (rk) in einem kuehlhaus-neubau der schaedinger molkerei in der linzer strasse 225 in penzing brach samstag um 23 uhr aus bisher unbekannter ursache ein brand aus. er breitete sich rasch aus. durch funkenflug und starken sturm bestand die gefahr eines uebergreifens der flammen auf andere gebaeude. um 23.57 uhr wurde von der feuerwehr alarmstufe 3 angeordnet. es war auch eine verstaendigung der oebb, deren gleise an dem gebaeude vorbeifuehren, erforderlich.

die feuerwehr bot zur umfassenden brandbekaempfung 120 mann mit 20 fahrzeugen auf. darunter befanden sich zwei schlauchcontainer, drei grosstankfahrzeuge, ein atemschutzfahrzeug und ein poelzruostfahrzeug. mit 11 rohren wurden die flammen bekaempft. die einsatzstelle wurde von einer drehleiter aus mit scheinwerfern der feuerwehr beleuchtet. es war notwendig, loesch- und zubringerleitungen in einer laenge von 3.580 metern zu verlegen. waehrend der loescharbeiten kam es zu zwei explosionen von grossen loesungs- bzw. klebstoff-behaeltern. durch die druckwelle wurden zwei loeschmannschaften (zehn mann), die sich in unmittelbarer naehe befanden, zu boden geschleudert, jedoch nicht verletzt. eine betonwand wurde durch die wucht der explosion in den hof der molkerei geworfen. es gelang den loeschmannschaften, eine im brandbereich abgeschmolzene und brennende gasleitung und eine leitung, die von den zwolff im keller lagernden butangasflaschen in die oberen geschosse des gebaeudes fuehrte, zu loeschen. die linzer strasse war waehrend des einsatzes gesperrt.

um 1.34 uhr konnte "brand aus" gegeben werden. dennoch muessen zwei als brandwache anwesende bereitschaften der feuerwehr

11. dezember 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3056

immer wieder kleinere braende, die im bereich des daches und
waeahrend der aufraeumungsarbeiten aufflackern, loeschen.

fachleute werden ueber die weitere benuetzbarkeit des mehr als
20 meter hohen gebaeudes zu entscheiden haben. verletzt wurde
bei dem brand niemand. (ab/hs/and)

1406

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

1 wien, 11.12. (rk) der wiener gemeinderat trat montag unter dem vorsitz von gemeinderat m a y r h o f e r (spoe) zu einer sitzung zusammen, die mit einer fragestunde eingeleitet wurde.

fragestunde

e r s t e a n f r a g e : gemeinderat dipl.-ing. p a w k o w i c z (fpoe), welche hindernisse der eroeffnung der tiefgarage vor dem messepalast im wege stehen? stadtrat prof. dr. w u r z e r (spoe): einer benuetzungsbewilligung durch die ma 36 steht voraussichtlich nichts im wege. bisher wurde von der betriebsgesellschaft noch um keine bewilligung angesucht. ob die garagenfoerderung widerrufen wird, ueberprueft derzeit die finanzverwaltung. auf die zusatzfrage, ob es moeglich waere, den vorgang zu beschleunigen, antwortete wurzer, er habe den bautenminister ersucht, fuer eine rasche oeffnung der auf oeffentlichem gut liegenden garage zu sorgen. auf eine zweite zusatzfrage, ob eine garantie abgegeben werden koennte, dass kein verkaufsgeschoss eingerichtet wird, antwortete wurzer, dass ein entsprechendes ansuchen bereits durch einen bescheid abgelehnt wurde.

z w e i t e a n f r a g e : stadtrat dr. m a u t h e (oevp), nach der endgueltigen ausgestaltung der fussgaengerzone stephansplatz. stadtrat w u r z e r (spoe) : die praезisen vorstellungen wurden bereits im stadtplanungsausschuss gebilligt. nur fuer die gestaltung des stock-im-eisen-platzes wurde ein kuenstlerischer wettbewerb ausgeschrieben, der zu keinem resultat fuehrte. die inbetriebnahme der drei u-bahn-abgaenge sollte abgewartet werden. es ist eine aussprache zwischen dem buergermeister und dem kardinal geplant. auf die zusatzfrage, ob die ergebnisse des gespraeches der bevoelkerung mitgeteilt werden, antwortete wurzer, dass die ergebnisse dem planungsausschuss vorgelegt werden. der ausschuss wird ueber das weitere vorgehen entscheiden. auf

eine zweite zusatzfrage, ob die dort durchgefuehrten ausstellungen besser gestaltet werden koennten, antwortete wurzer, dass eine ad hoc-stellungnahme dazu nicht moeglich ist.

d r i t t e a n f r a g e : gemeinderat d a l l e r (oevp), wie die zulassung von total verrosteten kraftfahrzeugen verhindert werden koenne. stadtrat w u r z e r (spoe): es werden keine positiven gutachten fuer verrostete fahrzeuge abgegeben. bei der pruefung des in einer fernsehsendung gezeigten mercedes konnten keine verrosteten teile festgestellt werden. das kontrollamt wurde am 25. november ersucht, den sachverhalt zu pruefen. auf die zusatzfrage, ob der ueberpruefende techniker wirklich bloss ein spezialist fuer bodenmarkierungen sei, antwortete wurzer, dies werde die ueberpruefung des kontrollamts ergeben. auf eine zusatzfrage, ob der stadtrat die pruefende abteilung fuer ausreichend ausgeruestet halte, antwortete wurzer, dass auch diese frage durch das kontrollamt geprueft wird. (sei)(forts)

1028

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts)

2 wien, 11.12. (r^k) v i e r t e a n f r a g e : gr. wilhelm k n e i s l e r (spoe), welche umleitungsmassnahmen die zufahrt zur westautobahn im falle einer sanierung der nikolaibruecke gewaehrleisten. stadtrat hans b o e c k (spoe): bei einer notwendigen belagserneuerung der nikolaibruecke treten zwei umleitungsstrecken in kraft. an der ersten, die ueber die neuerichtete august-ritter-bruecke fuehren wird, wird bereits gearbeitet. auch mit dem neubau der huetteldorfer bruecke fuer die zweite umleitungsstrecke ueber den hietzinger kai - auhofstrasse - hietzinger kai wurde bereits begonnen. auf die zusatzfragen antwortete stadtrat boeck, dass die umleitungsstrecken im april/mai 1979 bereit stehen werden und den verkehr voll aufnehmen koennen.

die f u e n f t e a n f r a g e : wurde zurueckgezogen

./.

s e c h s t e a n f r a g e : gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) , warum die aufgrabungsarbeiten in der krottenbachstrasse so lange dauern. stadtrat b o e c k antwortete, dass am 23. jaenner 1978 aufgrabungen in diesem bereich wegen eines kaputten kanaldeckels notwendig waren. am 17. oktober wurden weitere aufgrabungen wegen eines gasgebrechens, das jedoch nicht sofort lokalisiert werden konnte, vorgenommen. am 13. november wurden diese aufgrabungsarbeiten auf der krottenbachstrasse vor den haeusern 1 - 19 weiter fortgesetzt, um die gebrechenstellen andendgueltig festzustellen. auf die zusatzfrage antwortete boeck, dass die aufgrabungen vom beginn weg etwa zweieinhalb bis drei monate dauern werden.

s i e b e n t e a n f r a g e : gr. dkfm. gerhard a m m a n n , ueber die missbraeuchliche verwendung von staedtischen dienstkraftfahrzeugen fuer eine plakatkampagne vor der volksabstimmung. buergermeister leopold g r a t z : eine missbraeuchliche verwendung sei ihm nicht bekannt. auf die erste zusatzfrage wie der buergermeister die missbraeuchliche verwendung beurteile, wenn diese auf grund von zeugenaussagen feststehe, forderte buergermeister gratz den fragesteller auf, ihm diese zeugenaussagen zu uebermitteln. falls sich diese zeugenaussagen als richtig erweisen, wird der gemeinderat ueber das ergebnis der untersuchungen informiert.

a c h t e a n f r a g e : gr. anton f u e r s t (oevp): wie hoch ist der mindestensollstand der sicherheitspatrouillen bei nacht. buergermeister gratz antwortete, dass nach meinung der polizei etwa 100 bis 120 sicherheitswachebeamte als nachtpatrouille notwendig seien. auf die erste zusatzfrage wie dieser sollstand bei einem iststand von derzeit nur 60 patrouillen gerecht werden koennte, antwortete der buergermeister, dass er einen appell an alle fraktionen des nationalrates gerichtet habe, den dienstpostenplan zu erfuellen. bei der grossen anzahl der kadetten ist zu erwarten, dass in einiger zeit eine aufstockung erreicht werden kann. auf die zweite zusatzfrage nach uebernahme der 180 polizeihostessen in den dienst der stadt wien wies gratz auf die sich dabei ergebenden probleme hin. eine uebernahme wuerde eine subventionierung des

bundes durch die stadt wien bedeuten. ausserdem wuerde die gesamtproblematik der ueberwachung des ruhenden verkehrs damit nicht geloesst. er habe den innenminister gebeten zu pruefen, ob die ueberwachung des ruhenden verkehrs nicht generell an die laender oder im wege der laender an die gemeinden uebertragen werden koennten. mit klaerung dieser zusatzfrage koennte man die probleme des ruhenden verkehrs leichter in den griff bekommen. (ba) (forts)
1107

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts)

3 wien, 11.12. (rk) neunte anfrage: gr. hirsch (spoe), welche ergebnisse erbrachte die forschungsgruppe fuer unkonventionelle energietraeger? buergermeister gratz: die auf meinen auftrag im juni 1977 gebildete forschungsgruppe hat alle entwicklungen und forschungsergebnisse auf diesem gebiet ueberprueft und ihre verwirklichungsmoeglichkeiten im bereich der stadt wien untersucht. der abschlussbericht enthaelt ausserordentlich interessante ergebnisse und wird den mitgliedern der ausschuesse fuer stadtplanung sowie fuer verkehr und energie uebermittelt. falls gewuenscht, kann dieser bericht dem gesamten gemeinderat zur verfuegung gestellt werden.

zehnte anfrage: gr. dkfm. bauer (fpoe), welche ueberlegungen waren massgeblich, dass in grinzing eine quertrassierung zugelassen wurde? stadtrat schieder (spoe): die gemeindeverwaltung ist dafuer nicht zustaeendig. in der landesverwaltung wurden sehr wohl ueberlegungen angestellt, darueber wurde auch bereits in der fragestunde des landtages ausfuehrlich stellung genommen. zur zusatzfrage sagte schieder, dass bei einem missbrauch des gelaendes baupolizei und naturschutz ohne zoegern einschreiten wuerden.

elfte anfrage: gr. dipl.-ing. ddr. strunz (oevp), warum werden in stark befahrenen strassenzuegen keine mes-

sungen auf blei und krebserregende substanzen gemacht? stadtrat s c h i e d e r (spoe): solche messungen werden gemacht, aber offenbar nicht in dem ausmass, wie der fragesteller es wuenscht. im luftbericht wurden die ergebnisse von stichprobenartigen messungen bekanntgegeben. laufend koennen messungen nicht gemacht werden, weil sie sehr aufwendig sind. auf zusatzfragen teilte schieder mit, dass fachinstitute mit drei arbeiten beschaeftigt sind: die feststellung von schwermetallen aus fallstaubproben, bleibestimmungen aus regen und schnee, untersuchung von lungengaengiger staeube auf ihre zusammensetzung. die entwicklungstendenzen der analytik werden verfolgt, wann aber eine kontinuierliche beobachtung moeglich wird, ist noch nicht abzusehen. (smo) (forts)

1117

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (schluss)

5 wien, 11.12. (rk) 12. a n f r a g e von gr. l a n d s - m a n n (spoe), ob die versorgung der floridsdorfer bevoelkerung mit sportanlagen sichergestellt ist. stadtrat h e l l e r (spoe): die zeitungsmeldungen sind nur teilweise richtig. der vorwaertsplatz besteht nach wie vor, fuer drei von fuenf aufgelassenen privaten anlagen wurden ersatzanlagen geschaffen. die regionale versorgung in floridsdorf ist zwar unterschiedlich, die gesamtversorgung des bezirks mit sportanlagen ist aber sichergestellt. auf die zusatzfrage, ob in zukunft die auflassung von sportplaetzen verhindert werden kann, verwies heller auf das sportstaettengesetz, aufgrund dessen die auflassung von sportstaetten nunmehr genehmigungspflichtig ist. in beantwortung einer zweiten zusatzfrage ueber die derzeitige versorgung floridsdorfs mit sportstaetten fuehrte heller unter anderem 15 fussball-, 2 faustball-, 6 leichtathletik- und 2 handballplaetze sowie 79 tennisplaetze, 43 staedtische turnsaale und das floridsdorfer hallenbad an. die errichtung weiterer sportanlagen ist beabsichtigt.

./.

13. a n f r a g e von gr. o u t o l n y (spoe) ueber die preisentwicklung bei grund- und bodenankaufen. stadtrat p f o c h (spoe): von 1974 bis mitte 1978 wurden von der stadt wien 3,082.000 quadratmeter um 1,368 milliarden s erworben. dies entspricht der flaeche des 6. und 7. bezirks. dazu kommen 6 millionen quadratmeter um 160 millionen ausserhalb wiens fuer gebiete im wald- und wiesenguertel, quellschutzgebiete etc. die zusatzfrage, ob sich die von der stadt wien gegen grundspekulationen getroffenen massnahmen bereits positiv auf die grundstueckspreise ausgewirkt haben, bejahte pfoch. der durchschnittsgrundpreis liegt bei 444 schilling/quadratmeter. auf die frage, welche massnahmen mit dem derzeitigen gesetzlichen instrumentarium gegen spekulativen erwerb von grundstuecken getroffen werden koennen, fuehrte pfoch unter anderem das 1974 beschlossene mietrechtsaenderungsgesetz und verschiedene regelungen im zusammenhang mit der wohnbaufoerderung an.

14. a n f r a g e von gr. eveline a n d r l i k (spoe) ueber die moeglichkeiten zur anlegung von grundreserven. stadtrat pfoch: die stadt wien verfuegt zur anlegung von grundreserven nur ueber die gleichen moeglichkeiten wie jeder private. eine verbesserung waere durch eine bundesgesetzliche regelung moeglich, die der gemeinde ein eintrittsrecht sichert.

15. a n f r a g e von gr. k n e i s l e r (spoe) ueber die bisher in anspruch genommenen mittel fuer die wohnungsverbesserung. stadtrat pfoch: seit 1974 ist ein sprunghaftes ansteigen zu verzeichnen. insgesamt wurden 41.349 zusicherungen auf kredite gewahrt. die durchschnittliche hoehe der kreditsumme betraegt 70.000 s.

16. a n f r a g e von gr. erika k r e n n (spoe) ueber die gewaehrung von wohnbeihilfen. stadtrat p f o c h : mit stand von september 1978 wurden 16.344 wohnbeihilfenbezieher angewiesen. die durchschnittliche hoehe der wohnbeihilfen betrug 1975 482 schilling pro monat, 1978 911 schilling pro monat.

17. a n f r a g e von gr. r o s e n b e r g e r (spoe) ueber die reorganisation der psychiatrie. stadtrat univ.-prof. doktor s t a c h e r (spoe): mit der reorganisation wurde bereits begonnen. dazu gehoeren die begonnene regionalisierung des psychiatrischen krankenhauses (so wurde ein primariat fuer den 21. und 22. bezirk eingerichtet), die schaffung von uebergangsheimen zur nachbehandlung, die umstrukturierung des psychohygienischen dienstes, bauliche massnahmen im krankenhaushaus baumgartner hoehe und die schaffung zusaetzlicher dienststellen. auf eine zusatzfrage nach dem psychosozialen zentrum in floridsdorf antwortete stacher, dass die planung fertig war, dann aber wegen einer initiative der elternvereine der umliegenden schulen ein anderer standort gesucht werden musste. mit dem baubeginn ist demnaechst zu rechnen. stacher bedauerte, dass die bevoelkerung in psychisch kranken vielfach noch immer menschen sieht, die aus der gemeinschaft auszuschliessen sind. (ger) (forts) 1144

wiener gemeinderat (5):

antraege und anfragen

8 wien, 11.12. (rk) nach der fragestunde setzte der gemeinderat seine beratungen mit der normalen tagesordnung fort. dem gemeinderat lagen drei anfragen und fuef antraege der oevp vor. die oevp forderte in antraegen, die grundsaeetze von baubetreuungsvertraegen zu aendern, mehr geld fuer die hochschuljubilaeumstiftung zur verfuegung zu stellen, fahrausweise fuer polizisten bei den verkehrsbetrieben einzufuehren, den gleiskoerper der floridsdorfer bruecke fuer einsatzfahrzeuge freizugeben sowie zusaetzliche informationen bei den tonbanddurchsagen in den strassenbahnen zu geben. alle antraege wurden den zustaeendigen ausschuessen zur behandlung ueberwiesen. (sei) (forts.)

1208

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

das wiener budget

9 wien, 11.12. (rk) das budget 1979 garantiert, dass in dieser stadt den schwerpunkten verkehr, wohnen, gesundheit und aufrechterhaltung der vollbeschaeftigung nach wie vor erhoelte aufmerksamkeit gewidmet wird und dass somit die stadt eine wohnliche heimat fuer alle wienerinnen und wiener abgibt, erkluert finanz- und wirtschaftsstadtrat h a n s m a y r (spoe) in seiner budgetrede.

die ausgaben werden 1979 50,8 milliarden ausmachen, das sind 4,6 prozent mehr als 1978. dem stehen einnahmen von 48,8 milliarden, das sind um 6,5 prozent mehr als 1978, gegenueber. der abgang von zwei milliarden betraegt nur mehr vier prozent der gesamten ausgaben gegenueber 5,7 prozent im jahre 1978. dieser schaeztung der einnahmen und ausgaben liegt die annahme eines realen wirtschaftswachstums und einer inflationsrate um drei prozent zugrunde. die oesterreichische wirtschaft entwickelte sich im vergleich zu den meisten europaeischen laendern guenstiger, und es besteht kein zweifel, dass diese entwicklung dem massiven einsatz der oeffentlichen haushalte zur wirtschaftsbelebung zu danken ist. fuer sozialisten ist die verschuldung der haushalte noch immer das geringere problem als vielleicht die tatsache hinnehmen zu muessen, mit zehntausenden von arbeitslosen konfrontiert zu sein. in wien ist die situation auf dem arbeitsmarkt dank der addition der bemuehungen der bundesregierung und der stadt wien noch guenstiger als im oesterreichischen durchschnitt.

bei den ausgaben dominieren zwei schwerpunkte deutlich: der oeffentliche nahverkehr mit mehr als sieben milliarden und das gesundheitswesen mit mehr als acht milliarden. die stadt wien wird in zukunft sehr deutlich massnahmen setzen, die den oeffentlichen verkehr beschleunigen. gleichzeitig wird es notwendig sein, fuer die autos mehr abstellplaetze und garagen zu bauen. fuer das u-bahn-grundnetz sind in zukunft sinkende bauraten zu erwarten. es wird bereits bis fruehjahr 1979 notwendig sein, im wiener gemeinderat ueber die weiterfuehrung des u-bahn-baues grundsuetzliche

entscheidungen zu treffen.

fuer die spitaeler werden auch in zukunft hohe subventionen notwendig sein. alle, die von der notwendigkeit von einsparungen sprechen, sollen sagen, wo das wirklich im erheblichen masse moeglich ist. beim personal etwa, oder bei den medikamenten? man sollte erkennen, dass trotz der staendigen wirtschaftlichen ueberlegungen die stadt fuer gesundheits- und sozialleistungen wesentliche geldmittel bereitstellen muessen wird.

ein weiterer schwerpunkt ist der wohnbau. mit den aufwendungen fuer die wohnbaufoerderung in der hoehe von 3,5 milliarden koennen 8000 neue wohnungen gebauten werden. das ist die konsequente aufrechterhaltung der sozialdemokratischen politik in dieser stadt, die wohnqualitaet zu verbessern und impulse fuer die bauwirtschaft zu geben. fuer die wirtschaftsfoerderung sind 264 millionen vorgesehen, davon allein 155 millionen fuer die aufschliessung von betriebsbaugebieten. die wesentlichsten neuerungen der letzten zeit, wie innovationsgesellschaft oder die kapitalbeteiligungsgesellschaft, gingen von der stadtverwaltung aus. die opposition versuche nur, auf den fahrenden zug aufzuspringen. mayr kuendigte an, dass dem wiener gemeinderat bald ein antrag fuer eine neue form der exportfoerderung fuer wiener klein- und mittelbetriebe vorgelegt werden wird.

wie erfolgreich die stadtverwaltung ist, zeigt eine neueste untersuchung ueber den stand der nahversorgung in wien. der fehlbestand an lebensmittelgeschaeften ist seit 1975 von 41 auf 25 zurueckgegangen, der der fleischergeschaefte von 27 auf 17 und der der waeschereien von 33 auf 21.

der finanz- und investplan von 1979 bis 1983 ist fuer 1979 ident mit dem budget, fuer die folgenden jahre eine fortschreibung von bereits im wiener gemeinderat gefassten beschluessen. er ist somit kein plan, was in diesem zeitraum tatsaechlich passiert, sondern soll nur einen ueberblick ueber den finanziellen spielraum fuer neubeginne geben. wesentlichste erkenntnis aus dem plan ist, dass fuer kuenftige grossvorhaben gesonderte finanzierungsformen gesucht werden muessen. der schuldenstand wird sich von 27 milliarden ende 1979 auf 37 milliarden ende 1983 erhoehen. das sind 56 beziehungsweise 62 prozent der ausgaben.

abschliessend referierte stadtrat mayr noch ueber den gebuehrenspegel und ueber die erinnerungen zum budget 1979. vom recht, erinnerungen zum budget abzugeben, machten 69 wiener gebrauch. die erinnerungen werden in den zustaendigen gemeinderatsausschuessen behandelt. der gebuehrenspegel zeigt, dass die stadt wien bereit ist, in weiten bereichen aus sozialen gruenden keine kostendeckenden gebuehren einzuheben. nur bei einem bruchteil der gebuehren wird eine kostendeckung angestrebt, schloss mayr. (sei) (forts)
1229

wiener gemeinderat (7):

generaldebatte

10 wien, 11.12. (rk) es sei eine selbsttaeuschung, den budetvoranschlag als das ergebnis einer vernuenftigen finanzpolitik zu bezeichnen, stellte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) fest. das budget 1979 wird durch eine konstant zu nennende verschuldung, durch beabsichtigte tariferhoehungen und drastische reduzierung der investitionstaetigkeit gekennzeichnet. die schuldenaufnahmen werden bagatellisiert, wie beispielsweise die 2,9 milliarden fremdmittelbedarf der wiener stadtwerte. im vorigen jahr habe es noch geheissen, dass gerade die investitionen ein wichtiger beitrag zur gesunden wirtschaftsentwicklung sind, heuer wird der investitionsspielraum beträchtlich eingeengt. mit 90,4 prozent erreiche die investitionsquote einen neuen tiefstand. dabei haben investitionen nicht nur die aufgabe, die konjunktur zu beleben, sondern vor allem die infrastruktur der stadt sicherzustellen. als beispiel nannte gr. hirn-schall den baubeginn fuer das krankenhaus ost, der bereits 15 jahre verzoegert wird.

die gruende fuer die belastung des budgets sind die laufenden grossprojekte, die beträchtliche mittel verschlingen, so dass fuer andere wichtige projekte kein spielraum mehr vorhanden sei. ein ende dieser situation sei jedoch nicht abzusehen, da fuer den donauhochwasserschutz noch 4 milliarden, fuer das kongresszentrum wien noch dreieinhalb milliarden und fuer das akh noch 10,8 milliarden offen

seien. bei der u-bahn sollen nur mehr die in bau befindlichen Linien fertiggestellt werden, weitere Linien, abgesehen von der planung der u 3, sind nicht vorgesehen. die beteiligung des bundes bei der u-bahn-finanzierung wie bei den anderen grossprojekten sei fraglich, da die finanzlage des bundes noch schwieriger als die der bundes-hauptstadt sei. der neue finanzausgleich wird fuer die stadt wien voraussichtlich ein minus bedeuten. nach der volkszaehlung von 1981 ist durch den voraussichtlichen bevoelkerungsrueckgang mit einem ausfall von milliarden zu rechnen. der einzige pluspunkt sei die beschaefigungslage, die in wien besser als im gesamtosterreichischen durchschnitt ist. diese positive entwicklung sei jedoch vor allem auf den guenstigen standort einer metropole zurueckzufuehren.

das budget 1979 wird von der fpoe vor allem wegen der steigenden schulden und der sinkenden investitionen abgelehnt. gr. hirn-schall stellte folgende a b a e n d e r u n g s a n t r a e g e : die erhoehung der finanziellen mittel fuer den hochwasserschutz auf der rechten stromkante, die erhoehung der foerderung fuer parkgaragen sowie zwei antraege, um den einsatz weiterer mittel fuer gezielte investitionstaetigkeit zu ermoeglichen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

generaldebatte (forts.)

11 wien, 11.12. (rk) der voranschlag 1979, der optisch mit nur zwei milliarden abgang guenstig aussieht, hat diesmal nur mehr eine ausgabensteigerung um 4,6 prozent, erklarte gr. h a h n (oevp). die optimistische ansicht von stadtrat mayr ueber die wirtschaftslage stimmt aber nicht mit den zeitungsmeldungen ueberein. nicht nur grosse betriebe der steiermark, sondern auch in wien, vor allem auf dem bausektor, sind von unsicherheit bedroht. nach der von mayr vertretenen arbeitsplatztheorie bedeutet ein um 13 milliarden geringeres investitionsvolumen einen verlust von 19.500 arbeitsplaetzen. die oevp muss vor allem aus drei gruenden dieses budget ablehnen: erstens - weil die investitionen fuer den u-bahnbau um 22 prozent geringer sein werden, zweitens - weil fuer den ausbau der verbindungsbahn und der vorortelinie kein geld vorgesehen ist, und drittens - weil fuer das sozialmedizinische zentrum ost wieder kein baubeginn angekuendigt ist.

weitere ablehnungsgruende sind aber auch, dass dieses budget bestenfalls ein budgetprovisorium darstellt, wenn nach der "denkpause" im februar neue stadtraete bestellt werden sollten. ueberdies sind die ansaetze einer verwaltungsreform gescheitert. die nach der wahl verordnete denkpause entwickelt sich immer mehr zu einer arbeitspause der politisch verantwortlichen ressortleiter, obwohl die wiener auf eine rasche loesung dringender probleme auf den gebieten verkehr, stadterneuerung, gesundheit und stadtplanung warten. schon die fuenf jahre vorher sind fuer eine neuorganisation des magistrats, fuer eine sparsamere und effektivere verwaltung, fuer eine buergernahe regierung nicht genuetzt worden.

das budget laesst vor allem wichtige dinge fuer die wirtschaft und damit fuer die arbeitsplaetze ausser acht: der anteil der investitionen am gesamtaufwand geht von 22,2 prozent auf 19,4 prozent zurueck. der dringend notwendige erhaltungsaufwand bleibt mit 3,7 prozent gleich. allerdings habe die scharfe kritik der oevp am gemeindewohnbau genuetzt, meinte hahn. die aufwendungen nach der

wohnbaufoerderung steigen um 277 millionen, der gemeindewohnbau wird um 613 millionen verringert. auch die ausfinanzierung von gemeindebauten sinkt bei den oeffentlichen darlehen. die verschuldung der gemeinde wird damit etwas eingebremst. die gemeinnuetzigen bau- traeger koennten 1979 mit 6.000 wohnungen beginnen. bleibt die frage, ob die kapitalmarktmittel zur verfuegung gestellt werden koennen. wenn nicht, kaeme der wohnbau in eine neue krise. auch das kuerzlich vorgelegte 5-jahres-wohnbauprogramm sei eine oevp- forderung gewesen, sagte hahn. und wenn heuer 7.500 wohnungen ge- foerdert werden, bestaetige das die oevp-ansicht. hahn urgierte eine anhebung des foerderungssatzes von derzeit 45 prozent auf 60 prozent. das wuerde in folgejahren die annuitaetstuetzungen vermindern. viele dinge im spoe-programm entsprechen den vor- stellungen der oevp. will man die probleme der stadterneuerung bewaeltigen, muesste man dem oevp-antrag auf einen wohnhauser- neuerungsfonds zustimmen. einen diesbezuglichen antrag wird die oevp beim kapitel wohnen vorlegen.

zur lage der wirtschaft: der produktionswert des baugewerbes in wien ist vom fruehjahr 1977 auf 1978 um 10,2 prozent zurueckgegangen, waehrend er sich im oesterreichischen durchschnitt um 18 prozent erhoehrt hat. zurueckzufuehren ist dies besonders auf die schlechte lage des hochbaues. diese situation schlaegt auf die insolvenz- statistik nieder: wien steht darin mit 265 gegenueber 231 im vorjahr an der spitze der bundeslaender. hauptursache ist die sozialistische belastungspolitik, die eine investitionsfreudigkeit drosselt oder verhindert. die wirtschaftliche situation ist besonders bei klein- und mittelbetrieben schlecht. vor allem fehlt es an eigenkapital. sie sind auf bankkredite angewiesen. der "killerwettbewerb" zwi- schen den banken halte aber die kreditzinsen hoch, die mit 9,5 prozent die hoechsten der westlichen welt sind.

im arbeitsprogramm der spoe heisst es, dass bis 1983 mehr als 60 milliarden zur arbeitsplatzsicherung eingesetzt werden. dennoch gehen fuer zahlreiche grossvorhaben die investitionen zurueck. beim hochwasserschutz ist zwar eine steigerung vorgesehen, und fuer die rechte uferkante sind 41 millionen vorgesehen. die donaukommission haelt jedoch 72 millionen erforderlich. hahn brachte daher den a n t r a g ein, den budgetansatz um 31 millionen zu erhoehen.

unabhaengig davon sind die ausgaben fuer grundfreimachungen im zusammenhang mit dem hochwasserschutz mit 10,8 millionen viel zu niedrig angesetzt, da allein fuer lager- und kuehlhaus 270 millionen erforderlich sind.

in der investitionspolitik aller bundeslaender spielt die wirtschaftsfoerderung eine massgebliche rolle. in wien sinkt der zuschuss zur wirtschaftsfoerderung von 41,4 auf 26,4 millionen, ebenfalls niedriger sind die ausgaben fuer strukturverbesserung und fuer die kleinbetriebe-zuschussaktionen. unter einer foerderungspost scheinen aber 99 millionen zuschuss an den bund auf - ein stilles geschenk an androsch. in einem weiteren a n t r a g verlangte hahn die erhoehung der zuschuesse zur wirtschaftsfoerderung, besonders fuer klein- und mittelbetriebe.

uebergehend auf den neuen finanzausgleich, meinte hahn, dass trotz zaehen verhandlungen alle unzufrieden sind. die gemeinden bekommen mehr, der bund und die laender etwas weniger. vorarlberg aber - das sei offen gesagt - habe den geringsten grund sich aufzuregen. seine wirtschaftliche lage ist von allen bundeslaendern die guenstigste. freilich verwendet es auch 37 prozent seines gesamtbudgets fuer investitionen. auch oberoesterreich verwendet einen solchen prozentsatz. und auch tirol und steiermark erhoehen ihre investitionsausgaben, nur in wien sinken sie um 3 prozent.

wenn mayr erklaert, dass er bereit sei, noetigenfalls konjunkturstaetzen zu liefern und darueber im verlauf des jahres zu entscheiden, muesse schon jetzt gesagt werden, dass er nicht allein zu entscheiden, sondern vorher dem gemeinderat rechenschaft zu geben habe. das wort von mehr-mitbestimmung duerfe nicht nur theoretisch stimmen.

hahn legte folgenden b e s c h l u s s a n t r a g zur verbesserung der wirtschaftlichen lage vor: erstens - steigerung der investitionsquote, senkung der personalausgaben, zweitens - stimulierung der investitionstaetigkeit durch mehr planungssicherheit, drittens - erleichterung fuer standortverlegungen, viertens - errichtung eines arbeitsplatz-foerderungsfonds, fuenftens - beseitigung von gebuehrenrechtlichen belastungen, die betriebe zur abwanderung veranlassen.

abschliessend meinte hahn, dass der finanz- und investitionsplan fuer die kommenden jahre einen weiteren engpass erwarten lasse. 1980 werden die investitionen um 3,5 milliarden von den erfordernissen abweichen. besonders drastisch wird die lage dadurch, dass fuer die u-bahn nur mehr 1,5 milliarden ausgegeben werden und fuer die wichtige verlaengerung der u 1 nach sueden und der u 3 nichts vorgesehen ist. die kassen sind leer. die warnungen der volkspartei, dass fuer die verbesserung der infrastruktur kein spielraum bleibt, bestaetigen sich. schuld daran ist unter anderem, dass durch fehlplanungen, bauring und bei grundstuecksspekulationen, geld vergeudet wurde. dadurch fehlen der stadt insgesamt 3,5 milliarden. es fehlt vor allem an geld zur teilsanierung der stadtwerke. unverstaendlich, dass den gaswerken noch immer gebrauchsbuehren vorgeschrieben werden. mit einem a n t r a g verlangte hahn die streichung der gebrauchsbuehren von 62 millionen fuer die gaswerke, um damit das gasrohrnetz zu verbessern. von der spoe erwartet die oevp als konstruktive oppositionspartei keine weiteren denkpausen, sondern eine zielfuehrende arbeit fuer die wiener. (smo) (forts)

1409

wiener gemeinderat (9):

generaldebatte (forts)

12 wien, 11.12. (rk) die bedeutung des budgets erstreckt sich auf zwei grosse schwerpunkte: die bewaeltigung der momentanen aufgaben und die gestaltung fuer die zukunft, erklaerte gr. b r a u n (spoe). braun war der oevp eine permanente wahlkampfuehrung vor. scharfe kritik durch die opposition ist erwuenscht, aber auch die demokratie muss sich gewisse grenzen in der auseinandersetzung setzen. dies habe nichts mit maukorb zu tun, aber die diskussion muss die glaubwuerdigkeit aufrecht erhalten, die argumente muessen ueberpruefbar sein. wir muessen aus den fehlern der ersten republik lernen, warnte braun. die sozialisten sind partner jeder sachlichen diskussion, sie treten aber entschieden jener tendenz entgegen, die die grundfesten der demokratie in frage stellt. braun warf der oevp demagogie im zusammenhang mit jugendarbeitslosigkeit und

pensionsgarantie vor. bei den pensionen tritt 1979 eine erhoehung um 6,5 prozent ein. die oevp betreibe eine unglaubwuerdige politik, die zur verunsicherung fuehren soll. die steueranpassung als "trinkgeld" zu bezeichnen, sei eine missachtung einer schwierigen situation. 117 bis 183 schilling sind mehr als ein prozent des gehaltes. vizebuergemeister busek habe vor der schweizer handelskammer gesagt, auf einen schilling fuer einen beduerftigen entfallen zwei schilling auf verschwendung und zwei auf nichtbeduerftige. diese aeusserung des vizebuergemeisters sei ein skandal. busek habe auch den eindruck erweckt, dass die oeffentliche hand den buerger bewusst uebervorteilen will.

in oesterreich gibt es um 400.000 arbeitsplaetze mehr als 1970 (in der schweiz um 300.000 weniger als 1974), die industrieproduktion stieg wesentlich mehr als in den oecd-laendern. dies muss schon auch an der gesamtpolitik liegen. der fall eumig zeigt auch, dass die "soziale marktwirtschaft" nicht ganz so sozial ist, wie die oevp gerne tut. im februar wurden bei eumig 780 beschaeftigte neu aufgenommen, jetzt 940 gekuendigt, waehrend das unternehmen fuer einen betrieb in aichfeld-murboden grosse betraege bekommt. 300 der bei eumig gekuendigten konnten in wien bereits aufgenommen werden. waehrend die oevp der regierung die schuld an entlassungen zuzuschreiben versucht, sind bemuehungen im gange, wie zum beispiel die schaffung eines fruehwarnsystems.

braun warf der oevp vor, zu versuchen, das ansehen von wiener firmen herabzusetzen. pionierleistungen von wiener firmen, wie etwa bei der ausstattung des arlberg-tunnels, finden kein lob bei der oevp. fuer wiener firmen ist es oft schwierig, sich ausserhalb wiens zu behaupten.

das handelsbilanzdefizit ist gesunken, die inflationsrate ist niedriger, die vollbeschaeftigung wurde erhalten. in wien liegt die arbeitslosenrate unter zwei prozent. dr. taus bezeichnete im dezember 1977 die konkurrenzfaehigkeit oesterreichischer firmen als sinkend. tatsaechlich gibt es heuer einen exportboom, der marktanteil wurde erhoehrt.

das wiener budget 1979 traegt der wirtschaftlichen situation rechnung und versucht, die vollbeschaeftigungspolitik aufrecht zu erhalten. mit dem rueckgang bei den investitionen ist auch die

hoffnung auf eine weltweite besserung der wirtschaftlichen entwicklung verbunden. die entwicklung der einnahmen und ausgaben erhoeht die festigkeit im wiener haushalt.

zur beurteilung der frage der verschuldung ist auch ein blick auf die anderen gemeinden notwendig. graz steht praktisch vor dem stadtbankrott und erlebt das debakel einer vp-fp-finanz- und kommunalpolitik. wien weist im vergleich zu allen anderen staedten bei groesseren leistungen eine bessere entwicklung auf. in graz etwa macht der personalaufwand mehr als 50 prozent des budgets aus, in wien 26,9 prozent.

der oesterreichische weg zur krisenbewaeltigung - erhaltung der vollbeschaeftigung, senkung der inflationsrate, steigerung des realeinkommens, erhoehung des exports - hat international grosse anerkennung gefunden. die stadt wien hat dazu einen wesentlichen beitrug geleistet. das budget 1979 steht am beginn einer fuenf-jaehrigen periode, in der das von buergermeister leopold gratz in der konstituierenden sitzung dieses gemeinderates vorgelegte arbeitsprogramm verwirklicht werden soll. (ger) (forts.)

1416

wiener gemeinderat (10):

generaldebatte (forts)

13 wien, 11.12. (rk) die spoe misst kritik mit zweierlei mass, erklaehte gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp). wenn ein genosse, wie prof. matzner, von der oeffentlichen vergeudung spricht, ist das in ordnung, wenn vizebuergermeister dr. busek von der verschwendung spricht, ist es ein skandal.

die finanznot der stadt wird immer groesser, der mut, probleme und loesungen aufzuzeigen, wird immer kleiner, noch vor drei jahren wurde im finanzplan ein sinken der investitionen auf sechs milliarden als nicht vertretbar angesehen. heute, bei einem sinken auf 4,3 milliarden, hat niemand mehr den mut, die auswirkungen aufzuzeigen. offenbar hat sich das verantwortungsbewusstsein dem fallenden investitionsrahmen angepasst. man sucht die flucht in investitionskuerzungen und erhoehungen: stadtrat mayr hat sich von einem "friedl mit der leeren tasche" zu einem "ivan, den schreck-

lichen gebuehrenerhoeher und investitionskuerzer" gewandelt. dagegen werden die ausgaben fuer das personal und fuer den sachaufwand als naturgesetze hingenommen.

gr. woeber stellte den b e s c h l u s s u n d r e s o -
l u t i o n s a n t r a g , eine einsparungskommission einzusetzen,
die wirksamere rationalisierungs- und sparmassnahmen erarbeiten
sollte. weiter stellte woeber den a b a e n d e r u n g s a n -
t r a g , die ermaechtigung fuer budgetsperrern nicht dem finanz-
stadtrat, sondern dem zustaendigen gemeinderatsausschuss zu erteilen.
(sei) (forts)

1419

wiener gemeinderat (11):

generaldebatte (forts.)

14 wien, 11.12. (rk) der finanz- und investitionsplan auf der basis von wissenschaftlichen prognosen spiegelt ein hohes mass an verantwortung, meinte gr. franziska f a s t (spoe). entgegen aller schwarzmalerei bewaise eine reihe von zahlen die erfolgreiche wirtschaftspolitik der sozialisten. auf einer flaeche von 0,5 prozent von gesamtosterreich wohnen 21,7 prozent aller oesterreicher und finden 28,8 prozent beschaeftigung. die sicherung der vollbeschaeftigung wird vor allem durch die sinnvollen massnahmen der stadtverwaltung gewaehrleistet. nicht die streuung der finanziellen mittel, sondern das geistige "know how" sei ausschlaggebend. bei dem vergleich mit anderen bundeslaendern schneidet wien am besten ab. in wien hat es 1976 1,8 prozent arbeitslose gegeben, in niederosterreich 3,8 prozent und in der steiermark 4,8 prozent. 1977 gab es in wien 1,3 prozent arbeitslose, in niederosterreich 3,4 prozent und in der steiermark 4,3 prozent. aehnlich guenstig verlaeuft die beschaeftigungspolitik fuer die frauen in wien.

der grund der abwanderung vieler firmen aus wien liegt in dem mangel an arbeitskraeften. die sozialistische wirtschaftspolitik traegt sowohl den erfodernissen der klein- als auch der mittel- und grossbetriebe rechnung. pro jahr sollen den betriebern 250.000 quadratmeter flaeche zur verfuegung gestellt werden. vergleicht man die steuerbelastungen in den oesterreichischen gemeinden, so

./.

kann man feststellen, dass sie im westen wesentlich hoeher liegen. der sozialistischen bundesregierung sei es in der zeit der allgemeinen rezession zwischen 1974 und 1978 gelungen, die wachstumsrate auf 4,47 prozent zu halten, die beschaeftigungszahl von 2,3 auf 2,8 millionen zu erhoehen und die preissteigerung mit einer indexrate von 3,6 prozent im oktober 1978 in den griff zu bekommen. diese zahlen geben den sozialisten recht, dass sie den richtigen weg gewaehlt haben. (ba) (forts.)

1440

wiener gemeinderat (12):

generaldebatte (forts)

16 wien, 11.12. (rk) den hinweisen seiner vorrednerin auf das wachstum der wirtschaft stellte gr. fuerst (oevp) das wachstum der bundesschulden, der defizite von oebb und bundestheater gegenueber. das alles werden die kommenden generationen bezahlen muessen. die lobrede auf die vollbeschaeftigungspolitik werde von den gekuendigten der grossbetriebe kaum verstanden werden und die angebliche vollbeschaeftigung sei auf indexkosmetik zurueckzufuehren. von den sozialisten werde gerne auf das gute verhaeltnis zwischen dem bund und der bundeshauptstadt hingewiesen. gerade in diesem verhaeltnis sei jedoch stagnation und sogar eine krise festzustellen. ein hinweis dafuer sei im finanz- und investplan zu finden, wo einer allgemeinen einnahmensteigerung von 5,3 prozent nur eine steigerung der bundeszufluesse von 2,6 prozent gegenueberstehen. es gaebe ueberdies viele gravierende beispiele dafuer, dass sich gratz gegenueber dem bund nicht durchsetzen kann: der ausbau der s-bahn und der verkehrverbund werden seit 1971 angekuendigt, jeder neue verkehrsminister spraechte von fortschritten - geschehen ist aber bis heute nichts. das gleiche treffe auf den versprochenen verschiebebahnhof kledering, auf die zuschuesse fuer den u-bahn-bau und fuer den hochwasserschutz zu. weiteres beispiel: seit jahren gibt es keine fortschritte bei grundtransaktionen mit dem bund, wie kasernengruende und bahnhofsueberbauungen. allein der aspangbahnhof wuerde 128.000 quadratmeter grund bieten. die affaeren

./.

um marco-polo- oder tamariskengruende haette man sich ersparen koennen. auch bei der spitalsfinanzierung wird wien benachteiligt: in wien entsteht die haelfte des spitalsdefizits, wien erhaelt aber aus dem bundes-krankenhausfonds nur 25 prozent. ueberhaupt scheint es so zu sein, dass der bund nur dann leistungen uebernimmt, wenn wien das geld dafuer vorstreckt. so wurden fuer strassen- und brueckenbauten vom bund 3 milliarden zugesagt, wenn wien 1 milliarde fuer den zinsendienst vorstreckt.

dabei sind im bundesstrassennetz viele strassen enthalten, auf die wien ruhig verzichten kann - wie auf eine autobahn durch die brigittenau und ueber die alte donau oder die b 222 durch hietzing. etwa 50 kilometer autobahnen und schnellstrassen koennten gestrichen werden. man muesste dem bund ein tauschgeschaeft vorschlagen: streichung der strassen, dafuer ausbau der s-bahn und schaffung des verkehrverbundes. insgesamt muessten die leistungen des bundes mit mehr nachdruck gefordert werden. (smo) (forts)
1520

wiener gemeinderat (13):

generaldebatte (schluss)

17 wien, 11.12. (rk) stadtrat m a y r nahm in einer wortmeldung zu mehreren von seinen vorrednern aufgeworfenen daten und fakten stellung:

verkehrsverbund: weitgehende uebereinstimmung wurde erzielt, eine vereinbarung scheiterte bisher daran, dass niederoesterreich zwar die vorteile in anspruch nehmen, sich aber nicht an den kosten beteiligen will.

flughafenschnellbahn: von der stadt wien wurde kein antrag gestellt. wien hat keinen antrag zu stellen. ein erheblicher teil dieser strecke befindet sich in niederoesterreich.

kledering: dieser groesste verschubbahnhof ist nicht in wenigen monaten zu planen. der baubeginn ist fuer naechstes jahr vorgesehen.

u-bahn: der finanzminister war nicht nur gespraechsbereit, er hat auch ein viertel der sogenannten nahverkehrsmilliarde zur verfuegung gestellt. von den gesamten mehreinnahmen aus der erhoehung der kfz-steuer entfallen 60 prozent auf die oebb, 25 prozent auf den

u-bahn-bau und 15 prozent auf den nahverkehr der gemeinden (davon wieder 55 prozent auf die wiener verkehrsbetriebe). bei einem aufkommen von ca. 1,2 milliarden entfallen auf den wiener u-bahn-bau ca. 320 millionen, fuer den nahverkehr der gemeinden etwa 150 millionen und davon ca. 80 millionen fuer wien. mit den von gr. fuerst angefuehrten 300 millionen hat dies nichts zu tun, diese mittel stammen aus den 60 prozent der oebb.

bundesstrassenvorfinanzierung: von der gesamtquote von drei milliarden kommen voraussichtlich 600 millionen auf wien. dies entspricht etwa der floridsdorfer bruecke, die der bund uebernommen hat.

verzicht auf wiener bundesstrassen: oesterreich ist ein bundesstaat. glauben sie, fragte mayr, dass, wenn ein bundesland freiwillig auf mittel verzichtet, die anderen diese nicht fuer sich reklamieren wuerden? wien ist das letzte bundesland, das bundesstrassen vorfinanziert hat.

fuenfjaehriger wohnbauplan: dieser wurde erstmalig in neuer form vorgelegt, war aber an sich immer erarbeitet worden.

subventionen: gr. hahn forderte einerseits, dass private betriebe nicht zu subventionsempfaengern gemacht werden, sondern sich durch gewinne erhalten sollen, kritisierte aber andererseits, dass die subventionen zu niedrig sind.

gebrauchsgebuehr fuer gaswerke: waere der oevp-antrag in der gemeinsamen sitzung des stadt senates und des finanzausschusses angenommen worden, so waeren diese 62 millionen nicht den gaswerken zugeflossen, sondern die notwendige preiserhoehung waere vermindert worden. wenn diese 62 millionen dagegen der hoheitsverwaltung zufluessen, so hat diese die moeglichkeit, gelder den stadtwerken zur verfuegung zu stellen.

durch die argumentation der oevp ziehe sich ein roter faden, erklaerte mayr: es werde ununterbrochen ein mehr an leistungen und zugleich eine beschneidung der einnahmen gefordert.

investitionen: beim vergleich der investitionsquoten wurden verschiedene basen verwendet. die summe der investitionen ist 1979 gesunken. die investitionen sind nur ein kleiner teil der nachfragewirksamen ausgaben. ein erheblicher teil ist im sachaufwand enthalten, der bewusst erhoeht wurde. mit den vorgesehenen investi-

tionen ist gewährleistet, dass die begonnenen projekte in optimalem tempo fortgefuehrt werden koennen. die positive entwicklung unserer stadt ist durch das budget 1979 gesichert.

gr. dkfm. dr. w o e b e r (oewp) meldete sich zu einer be-
richtigung zu wort: bei der berechnung der finanzierungsquoten aus
dem finanzausgleich habe er keine verschiedenen basen verwendet.
die vorgenommenen budgettechnischen umstellungen habe er berueck-
sichtigt. (ger) (forts.)

1607

wiener gemeinderat (14):

personal und sport

18 wien, 11.12. (rk) die verfehlte weichenstellung in der sport-
politik fuehrt zu einem erhoehten widerstand der sportoeffentlich-
keit, erklaerte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe). die er-
haltung und reparatur von grossbauten verschlingt den grossteil der
investitions- und foerderungsgelder. fuer den bau notwendiger
kleinerer sportanlagen und fuer die foerderung der vereine ist
dagegen viel zu wenig geld da.

in floridsdorf wurden sieben sportplaetze stillgelegt, in der
grossfeldsiedlung gibt es keinen sportplatz, fuer den wackerplatz
wird in dieser woche die endgueltige flaechenwidmung fuer eine ver-
bauung festgelegt. es ist erfreulich, dass sich gegen dieses vor-
gehen buergerinitiativen bilden.

hirnschall kritisierte, dass die aufwendungen fuer dienstkraft-
wagen um mehr als 50 prozent steigen. er stellte den a b -
a e n d e r u n g s a n t r a g , die gelder fuer dienstkraft-
wagen zu kuerzen und die zahl der wagen der hoechsten klasse
(roem) 3 von 24 auf 12 zu reduzieren.

zur kritik von gr. braun (spoe) an den grazer finanzverhaelt-
nissen erklaerte hirnschall, dass sich braun offensichtlich sorgen
um die politik des sozialistischen finanzreferenten von graz macht.
die spoe-argumentation ueber zu hohe personalkosten in graz ist
bemerkenswert: schlaegt die spoe dem grazer buergermeister viel-
leicht vor, die pragmatisierung aufzuheben und damit kosten zu
sparen? (sei) (forts.)

1610

k o m m u n a l :

wiener gemeinderat (15):

personal und sport (forts.)

19 wien, 11.12. (rk) gr. a r t h o l d (oevp): das sportbudget 1979 sei von vier negativa gekennzeichnet:

- 1) fuer bauliche anlagen stehen zuwenig mittel zur verfuegung,
- 2) fuer die renovierung und sanierung von kleinen sportanlagen gibt es ebenfalls zu wenig geld,
- 3) die schwerpunkte der sportfoerderung fehlen,
- 4) die subvention fuer die wiener stadthalle ist im sportbudget enthalten.

wenn man die restzahlungen fuer das weststadion, das praterstadion und das stadthallenbad abzieht, verbleiben nur noch 18 mil-lionen fuer die errichtung von sportbauten. fuer die renovierung von sportplaetzen fehlt eine eigene budgetpost. fuer den ausbau der regattastrecke auf der donauinsel sind fuer 1979 nur 150.000 schilling bereit gestellt, obwohl 1983 die weltmeisterschaft im rudern auf dieser strecke stattfinden soll und der ausbau 16 mil-liarden schilling kosten wird.

auch fuer die sportfoerderung gibt es keine klaren schwer-punkte. aus dem budget sei nicht zu erkennen, welcher betrag dem breitensport beziehungsweise dem spitzensport zur verfuegung steht, welche sportplaetze saniert und welche sportarten besonders ge-foerdert werden sollen. seit 1974 habe die oevp ein sportstaetten-konzept gefordert, immer wieder habe es geheissen, es sei bereits in ausarbeitung. heute fehlt es noch immer.

gr. arthold stellte den a n t r a g , die arbeit an einem gueltigen sportstaetengesetz und sportstaettenleitplan so rasch wie moeglich abzuschliessen.

die eigenveranstaltungen des sportamtes der stadt wien sollten einer ueberpruefung nach ihrer effektivitaet unterzogen werden. viele veranstaltungen wie zum beispiel die aktion "fahrt zum schnee" seien-im vergleich zu den privataktionen zu aufwendig. der "tag des sports" diene vor allem dazu, dass die wiener sport-

organisation hervorgehoben wird. die wiener landessportschule sei den prestigebauten, wie zum beispiel dem weststadion, zum opfer gefallen. ausserdem bedauerte gr. arthold den mangel an genuegend ausgebildeten trainern, sportwarten und sportfunktionaeren.

fuer die renovierung des franz horr-stadions werden 23 millionen ausgegeben, obwohl eine entsprechende flaechenwidmung fehlte. eine wiener schule, die sich als sporthauptschule bezeichnet, besitzt nicht einmal einen eigenen sportplatz. als positiv hob arthold hervor, dass der sport im rahmen der budgetdebatte einen immer groesseren raum einnimmt. (ba) (forts.)

1631

wiener gemeinderat (16):

personal und sport (forts)

20 wien, 11.12. (rk) gr. l u d w i g (spoe) betonte, dass das sportbudget 1979 die stolze summe von 195 millionen aufweist, gegenueber 174 millionen im jahre 1978. das budget selbst stelle kein direktes arbeitsprogramm dar und soll flexibel gestaltet sein, weil oft wuensche von vereinen nicht genau eingeplant werden koennen. ein rueckgang bei den baulichen herstellungen ist jedenfalls, wie behauptet wurde, aus dem budget nicht herauszulesen. fuer die sanierung kleinerer sportanlagen ist speziell ein betrag von 5,2 millionen angesetzt. was bauliche herstellungen betrifft, so wurden gerade in den letzten jahren so viele neue sportstaetten geschaffen wie nie zuvor. das reicht vom hallenstadion, vom weststadion, ueber eine vielzahl lokaler sportplaetze wie helfortplatz, autoplaz, brigittenauer laende, ringelseeplatz, elektraplatz, ueber die tribuene auf der hohen warte bis zu den rundturnhallen.

zur kritik an den ausgaben fuer die stadthalle: es muss doch beachtet werden, dass damit eine vielzahl von sportstaetten gemeint ist, wie das stadion, das stadionbad, die donauparkhalle etc. diese subventionen kommen direkt der veranstaltungstaetigkeit von vereinen und verbaenden zugute. wenn dann der verbleibende rest als "schaebig" bezeichnet wird - so sind das immerhin 40 millionen,

./.

die fuer den breiten sport bleiben. wie betraechtlich die sportfoerderung ist, zeigt die bilanz von 1973 bis 1977: nicht weniger als 471 millionen wurden ausgegeben. ein vertreter des allgemeinen sportverbandes erklaerte, dass der wiener sport sehr stark aufgewertet wurde. die mittel fuer den Leistungssport werden nach vorschlaegen eines komitees und des landessportbeirates vergeben. auch das hat es frueher nicht gegeben. die zusammenarbeit mit verbaenden und vereinen, mit den organisationen der jugend und pensionisten ist ausgezeichnet. und wesentlich ist und bleibt die foerderung des aktiven sports, und das schon in den schulen. es soll und kann aber nicht aufgabe oeffentlicher stellen sein, in alle vereinsschwierigkeiten einzugreifen. das wuerde zu einer reglementierung fuehren. die ideelle und finanzielle unterstuetzung durch die oeffentliche hand ist jedoch sicher. (smo)

in den pflegeheimen der stadt wien sind neben den leitenden stationsschwestern nur bedienstete des sanitaetshilfsdienstes beschaeftigt, erklaerte gr. prof. z o e r n e r (oevp). er stellte den a n t r a g, dass diese bediensteten eine ausgleichszulage erhalten, welche die c-wertigkeit ihrer arbeit abgilt. ein zweiter von zoerner eingebrachter a n t r a g sieht vor, fuer lehrer der stadt wien diensttitel analog den landes- und bundeslehrern zu schaffen. in den staedtischen buechereien ist die zahl der dienstposten nicht im gleichen verhaeltnis wie die der entlohnungen gestiegen. eine aufstockung des dienstpostenplanes ist notwendig. zoerner kritisierte, dass es noch kein personalvertretungsgesetz gibt. die spoe suche die schuld fuer das wahlergebnis vom 8. oktober bei den rathausbeamten. ein grossteil der beamten sei korrekt und pflichtbewusst. fuer fehlleistungen und skandale sei die sozialistische fraktion verantwortlich. die "denkpause" verunsichere die beamten. eine rationalisierung sei dringend notwendig. stattdessen sei in der magistratsdirektion und im buergermeisterbuero mehr zentralismus festzustellen. (ger)

(forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

personal und sport (forts)

21 wien, 11.12. (rk) die oevp-forderung, pro jahr ein prozent der oeffentlich bediensteten einzusparen, komme dem verlangen gleich, jeden 100. bediensteten "einzugraben", erklarte gr. p o e d e r (spoe). wesentliche einsparungen koennte man ja nur bei so grossen dienstnehmergruppen, wie dem spitalspersonal, den polizisten oder den Lehrern erzielen. will man wirklich zustaende wie im jahre 1970, als es in wien 2.500 krankenschwestern zu wenig gab? oder will man den stand der polizisten von heute etwa 6.000 wiederum auf 3.600 zurueckfuehren? die sozialisten treten fuer andere methoden ein. man muss die echten ueberstaende aufspueren, aber auch die echten engpaesse, und sicherlich wird man die mobilitaet im oeffentlichen dienst foerdern muessen. mit der forderung, ein prozent pro jahr weniger, ist noch nichts geschehen.

die dienstnehmer im oeffentlichen dienst sind in den letzten jahren nicht schlechter gefahren, als die in der privatwirtschaft. die gehaelter sind seit 1974 um 39,2 prozent gestiegen, die anfangsbezuuge sogar um 44,75 prozent. die boeswillige legende, dass die loehne im oeffentlichen dienst ueberproportional gestiegen sind, ist einfach falsch.

die pragmatisierung sollte in aller sachlichkeit diskutiert werden. wenn sie richtig angewendet wird, ist die pragmatisierung bestimmt nicht die teuerste loesung. teuer wird sie nur, wenn man dienstnehmer von einem pragmatisierten verhaeltnis in ein anderes zurueckfuehren moechte. hier sind gemeinden, die einem schlagwort erlegen sind, und nicht den rechenstift herangezogen haben, schwer belastet worden.

die reprivatisierung kommunaler dienstleistungen bringt keine vorteile. fuer die bevoelkerung ist sie meist mit einer anhebung der gebuehren und einer verschlechterung der dienstleistung verbunden. eine verbesserung der oeffentlichen haushalte tritt nicht ein. gemeinden, die eine reprivatisierung durchgefuehrt haben, gehen wieder daran, diese betriebe zu kommunalisieren. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

personal und sport (schluss)

23 wien, 11.12. (rk) gr. e b e r h a r d t (oevp) wies auf die probleme der bediensteten bei der wiener rettung hin. die diskrepanz zwischen den einsaetzen und dem personalstand wird immer groesser. fuer 51.305 einsaetze im jahre 1977 standen 13 rettungsdienstwagen zur verfuegung. fuer 1978 ist mit 59.500 ausfahrten bei gleichem personal zu rechnen. ausserdem wuerden die einsaetze von jahr zu jahr schwieriger und auf grund der verkehrslage zeitraubender. gr. eberhardt schlug vor, den einsatz der reservefahrzeuge zentral zu steuern und das ausgebildete rettungspersonal weder zur wagenreinigung noch zur garagenpflege beizuziehen.

in seinem schlusswort dankte stadtrat h e l l e r (spoe) allen bediensteten der stadt wien, die mit ihrem einsatz das reibungslose leben in der stadt ermoeglichen. auf grund von gehaltserhoehungen, urlaubsverbesserungen und der vermehrung von dienstposten ist der personalaufwand 1979 um eine milliarde auf 13,7 milliarden gestiegen. 1979 wird es um 368 dienstposten mehr geben, 58.237 bedienstete werden fuer alle wienerinnen und wiener arbeiten. durch die verwaltungsrevision konnten 162 dienstposten eingespart werden, aber dort, wo es notwendig ist, vor allem auf dem sozialen dienstleistungssektor wurde der personalstand vermehrt. derzeit gibt es 3.285 teilzeitbeschaeftigte, 780 lehrlinge stehen in ausbildung, mehr als 20.000 bewerbungen weisen darauf hin, dass die arbeit bei der stadt wien immer mehr an attraktivitaet gewinnt.

heller wies auf die arbeitsleistungen der personalabteilungen hin. in der magistratsabteilung 1 sind 1978 fuenf landesgesetze erarbeitet worden, die magistratsabteilung 2 bearbeitete zehntausende einzelpersonalangelegenheiten, die magistratsabteilung 3 fuehrte 900.000 gehaltsabrechnungen durch. zum problem dienstkraftwagen erklarte heller, dass einige alte autos der kategorie 3 in naechster zeit abgestossen werden. in den kosten von 600.000 schilling pro jahr sind personalkosten und garagierungskosten inkludiert.

1979 werden fuer den sport erstmals mehr als 200 millionen ausgegeben. die oeffentliche hand will die voraussetzungen

./.

schaffen, dass sich alle menschen koerperlich aktiv betaetigen koennen. kaum eine andere grosstadt hat ein so grosses angebot von sportstaetten aufzuweisen. in wien gibt es 96 sportplaetze, 32 spezialanlagen, 38 eislaufplaetze, 91 tennisanlagen, 93 schwimmbaeder und 400 staedtische turnsaele. moeglichst viele sportanlagen sollen der oeffentlichkeit zur verfuegung gestellt werden, obwohl die verbaende und vereine dagegen stellung nehmen, dass die hallen kommerziell ausgenuetzt werden. am tag des sports haben sich heuer 117 schulen mit mehr als 30.000 kindern beteiligt. 2.500 wiener haben am volkslauf teilgenommen. 1979 soll eine reihe von provisorischen spielplaetzen auf den wienerberggruenden an der eibesbrunnergasse errichtet werden. mit der planung und dem bau der regattastrecke auf der neuen donau wird ebenfalls 1979 begonnen. die renovierung der sporthalle im karl seitz-hof ist vorgesehen. fuer die erhaltung von sportanlagen sind insgesamt 5,5 millionen ausgewiesen.

die foerderung der vereine wird nach einem konzept der landessportorganisation auf grund eines punktesystems durchgefuehrt.

dass wien immer mehr zu einem treffpunkt internationaler spitzensportler wird, ist aus dem umfangreichen veranstaltungskalender ersichtlich. 1979 werden beispielsweise eine internationale tanzveranstaltung, ein tennisturnier und die eiskunstlaufweltmeisterschaften ausgetragen.

zum sportstaettenleitplan stellte heller fest, dass ein in auftrag gegebenes konzept nicht den vorstellungen und anspruechen des landessportamtes entsprochen habe. eine neue bestandsaufnahme stehe nun vor dem abschluss. wesentlich besser als in den vergangenen jahren werden die schulsportanlagen ausgenuetzt. die turnsaele stehen den sportverbaenden am freitag bereits zur gaenze zur verfuegung. als erfreuliche bilanz sei festzustellen: die zahl der spitzensportler sowie derjenigen, die am breitensport teilnehmen, steigt von jahr zu jahr. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (19):

inneres und buergerservice

24 wien, 11.12. (rk) auf grund der spoe-versicherung, "kritik ernst zu nehmen", muesste man annehmen, dass sich das im ersten voranschlag einer neuen verwaltungsperiode niederschlaegt, er-
klaerte gr. dkfm. b a u e r (fpoe). waehrend jedoch die ausgaben fuer umweltschutz von 19,1 millionen (1978) auf 18,4 zurueckgehen, steigen abermals die ausgaben fuer informationen und zwar um 2,4 millionen auf 67 millionen. dazu kommen noch 18 millionen fuer buergerservice. frueher hat diese rubrik buergerservice und presse-
unterstuetzung geheissen. die presseunterstuetzung wurde offenbar noch ehe sie lebte, zu grabe getragen. das ist bedauerlich im interesse der foerderung der meinungsvielfalt. statt dessen ver-
laesst man sich auf den eigenen informationseintopf. so sind ueber-
haupt die ausgaben fuer die propagandaabteilung seit 1974 von 35 millionen auf 85,4 millionen gestiegen. das ist aber nicht alles fuer p.r.-zwecke: 5,5 millionen sind bei der stadtbaudirektion vor-
gesehen, 3,7 millionen fuer den tag der offenen tuer, 1,3 millionen fuer personalwerbung, fuer empfaenge und ehrungen weitere 12 millio-
nen. zaehlt man noch die personalkosten der ma 53 mit mindestens 9 millionen und die kosten fuer schriften, die andere abteilungen herausgeben, und schliesslich noch 4 millionen fuer diverse vereine, an denen sich die stadtverwaltung beteiligt, dazu - so kommt man auf 130 millionen fuer p.r.-arbeit.

neben der hoehe dieser ausgaben kritisierte bauer die aufwendig-
keit verschiedener publikationen, wie etwa den jahresbericht der defizitaeren stadthalle. es scheint ueberhaupt so zu sein, je defizitaerer ein unternehmen ist, desto aufwendiger macht es seine publikationen. und je aufwendiger diese publikationen sind, desto geringer ist meist ihr informationswert. vieles liesse sich viel billiger herstellen, wie zum beispiel das ausserordentlich informa-
tive 220-seiten-handbuch fuer buergerservice beweist, das einfach gemacht ist, aber eine fundgrube an informationen darstellt. die fpoe ist der ansicht, dass 130 millionen fuer p.r.-arbeit zu viel

und unnoetig ist. gr. bauer brachte daher den a n t r a g ein, die voranschlagrubrik information um 23 millionen auf 15 millionen zu kuerzen. in einem zweiten a n t r a g wird die umbenennung der rubrik ''geschaefte der bezirksvorsteher'' auf ''geschaefte der bezirksvertretungen und bezirksvorsteher'' und die aufstockung dieser rubrik von 5 auf 10 millionen verlangt. (smo)

in summe sei ein neuerliches steigen der ausgaben fuer p.r. zu verzeichnen, erklaerte gr. dkfm.dr. maria s c h a u - m a y e r (oevp). so wolle man die zahl der angestellten mit sondervertrag vermehren. der informationsgehalt der druckwerke sei gering, es werde am buerger vorbeiproduziert. die sondernummer von ''wien aktuell'' anlaesslich der volksabstimmung im november sei blamabel gewesen, da der gesetzestext nicht richtig, bzw. vollstaendig wiedergegeben worden sei. schlamperei gehoere zur verwaltungspraxis der ma 53. dazu zaehle etwa auch, dass antragsakte zu spaet und unvollstaendig vorgelegt werden. die spoe werde ihrer verantwortung gegenueber dem buerger nicht gerecht. die verwaltungsschwaechen der spoe erschwere und verteuere allen buergern das leben. aus der rubrik ''buergerservice und presseunterstuetzung'' sei diesmal die ''presseunterstuetzung'' ganz verschwunden. man wisse nicht, ob dies aus absicht oder schlamperei geschah. schon vor jahren sei die oevp fuer eine pressefoerderung im wege einer rueckverguetung von anzeigenabgaben eingetreten. die oevp werde das budgetkapitel ''inneres und buergerservice'' ablehnen, weil die propaganda unveraendert forciert werde, und man echte information schuldig bleibe.

obwohl in wien die lebensqualitaet besser ist als in anderen grosstaedten der welt, nehmen die sozialisten den umweltschutz sehr ernst, erklaerte gr. l a n d s m a n n (spoe). im naechsten jahr werden ein immissionsprognosemodell, ein kataster fuer verkehrsbedingte abgase und laermprognosen erarbeitet. beim naturschutz steht die pflege und sanierung von naturschutzgebieten im vordergrund. auf dem gebiet der parks und erholungsflaechen sind erneuerungsarbeiten im praeter, neue gruenflaechen im planquadrat margareten und an der wienzeile und die grosserholungsanlage hohe warte zu nennen. im lainzer tiergarten und in der lobau werden wanderwege neu eingerichtet. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (20):

inneres und buergerservice (forts)

25 wien, 11.12. (rk) "viel geld fuer bedrucktes papier, wenig geld fuer die umwelt in unserer stadt", so umriss gr. ddr. s t r u n z (oevp) seine kritik am budget fuer die geschaeftsgruppe inneres und buergerservice. obwohl der buergermeister in seinem programm die durchgruenung der stadt vorsieht, sind fuer die errichtung von gruenflaechen nur 4,9 millionen ausgewiesen. ebenso nebulos erscheine die schaffung von grenzwertverordnungen, wenn nicht einmal luftreinhaltungsgesetze erlassen werden. fuer kinder sind die derzeitigen grenzwerte bereits sehr gefaehrlich. nach dem modell von anderen grosstaedten sollte man sich in wien mit der frage des motorabstellens beschaeftigen. versuche haben ergeben, dass ein kraftfahrzeug in der stadt 20 von 100 minuten im leerlauf laeuft. wuerde der motor abgestellt, ergaebe dies eine einsparung von 15 prozent an bezin und krebserregenden substanzen oder auf schilling umgerechnet fuer wien eine einsparung von 1,7 millionen pro tag.

gr. strunz stellte einen a b a e n d e r u n g s a n t r a g, der die schaffung eines gruenlandfonds vorsieht sowie einen r e s o l u t i o n s a n t r a g fuer abgasmessungen bei laufendem und abgestelltem motor. (ba) (forts)

1945

k o m m u n a l :

wiener gemeinderat (21):

inneres und buergerservice (forts)

26 wien, 11.12. (rk) gr. l u s t i g (spoe) wies zunaechst auf die leistungen des kommenden budgets fuer die sicherheit der bevoelkerung hin: die ausgaben fuer feuerwehr und katastrophenschutz werden 554 millionen betragen und damit um 10 prozent hoeher als heuer sein. damit kann vor allem das personal von 1.265 auf 1.319 aufgestockt werden. zur erleichterung deren arbeit und wirksamkeit sind bauliche vorhaben geplant: die nachrichtenzentrale der feuerwehr wird zu einer katastropheneinsatzzentrale ausgebaut, die hauptfeuerwache doebbling wird mit einer notstromanlage ausgestattet. neben modernisierungen in einigen feuerwachen wird vor allem die dritte baurate von 5,8 millionen fuer den neubau der feuerwache landstrasse eingesetzt. an ausruestung ist zum beispiel die anschaffung eines teleskopfahrzeugs um 5,4 millionen vorgesehen sowie von drei ruestloeschfahrzeugen um weitere 5 millionen. atemschutzgeraete und hitzeschutzanzuege werden erneuert beziehungsweise neu angeschafft. das alles beweist, dass es die sozialistische stadtverwaltung mit der sicherheit der wiener ernst meint.

der presse- und informationsdienst hat eine grosse und nicht einfache aufgabe zu erfuelen. die sachliche information wird auch von der opposition immer verlangt. bekennt man sich aber zur sachlichen information, muss man sich auch zu den kosten bekennen.

im interesse der oeffentlichkeit ist es unbedingt notwendig, das informationswesen weiter auszubauen. "wien aktuell" wird in seiner bewaehrten aufmachung wieder mit zehn heften erscheinen. die zeitschrift hat eine auflage von 58.000 exemplaren, davon 6.500 exemplare mit englischer beilage, die bereits grossen anklang gefunden hat. die rathaus-korrespondenz beabsichtigt, ihren fernschreibdienst auf bildschirmgeraete mit computer-speicherung umzustellen. das wird kostenersparnisse und noch aktuellere berichterstattung bringen. die ausstellung "kommunaler wohnbau in wien" wird nach ihren erfolgen in frankfurt, koeln, berlin im naechsten jahr in lausanne, hagen, muenchen, moskau und paris gezeigt werden. in

der schmidthalle werden wieder aktuelle kleinausstellungen stattfinden. ende maerz ist in der kaerntner strasse eine freiluftausstellung ueber die leistungen der wiener universitaeten beabsichtigt. wien-informationen wird es wieder auf der wiener messe geben. die beliebtheit der rundfahrten "modernes wien" zeigt eine zunahme der frequenz um ein viertel im jahre 1977. diese direkte, anschauliche information ist besonders geeignet, falsche informationen abzubauen und soll weiter verbessert werden. die taeglichen informationssendungen auf welle wien ueber das serviceangebot wird es ebenfalls wieder geben.

das buergerservice hat sich den aufbau einer direkten information zum ziel gesetzt. es gibt derzeit in gemeinde- und genossenschaftshausern und einigen privathaeusern 17.500 anschlagn tafeln mit wandzeitungsartigen informationen, die mindestens 600.000 wiener erreichen. fuer 1979 ist eine differenzierte information auf diesen tafeln vorgesehen. das buergerservice-handbuch fuer wiener hat sich als versuch eines umfangreichen nachschlagwerks ueber die gesamte infrastruktur der stadt sehr gut bewaehrt. das buch ist kostenlos bei der stadtinformation auf anforderung erhaeltlich. geplant ist 1979 eine broschuere "einkaufen in wien" mit tips fuer konsumenten. eine wichtige einrichtung, die heuer verwirklicht wurde, ist das "mobile buergerservice". sechs mit funk ausgestattete pkw kommen prompt zu hilfe, wenn rasch reagiert werden muss. eine seiner hauptaufgaben steht vor der realisierung: jede baustelle der stadt wien oder eines ihrer kontrahenten wird am beginn und am ende mit tafeln gekennzeichnet, auf denen baubeginn und baudauer vermerkt sind. jeder buerger kann damit selbst direkt kontrollieren, ob die bauzeit eingehalten wird.

die stadtinformation, die 1977 von 100.000 wienern in anspruch genommen wurde, wird ausgebaut: sie erhaelt mehr raeumlichkeiten, und es werden informationen ueber flaechenwidmungs- und bebauungsplaene aufliegen. bewaehrt hat sich der versuch, verkehrsbauwerke mit musik und informationen zu bespielen. bisher geschieht das in den u-bahn-stationen karlsplatz, stephansplatz und schwedenplatz. diese einrichtung soll erweitert werden. begruesst wurde auch ein kassettenfernsehprogramm, das versuchsweise in der ambulanz der rudolfstiftung gezeigt wird. 67 prozent der wartenden patienten sprachen sich fuer eine beibehaltung aus. fuer die mitarbeiter des magistrats sind im kommenden jahre zwei broschueren gedacht, die helfen sollen, das "amtsdeutsch" zu vermindern, und die tips fuer den umgang mit den buergern geben. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (22):

inneres und buergerservice

27 wien, 11.12. (rk) die schaffung von einrichtungen der direkten demokratie - volksbefragung, volksabstimmung, volksbegehren - habe in wien fast so etwas wie einen politischen fruehling entstehen lassen, erklarte gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) noch gibt es allerdings keine ausfuehrungsgesetze. die spoe werde aber eine herbe enttaeuschung mit den einrichtungen der direkten demokratie erleben. nur selten werden sich 60.000 wahlberechtigte zusammenfinden, die gemeinsam eine volksbefragung oder ein volksbegehren verlangen. in der praxis werde die initiative wieder von den repraesentanten kommen muessen. bei der volksabstimmung ist eine initiative der buerger ueberhaupt nicht vorgesehen. das system der repraesentativen demokratie habe sich bewahrt, der ruf nach mehr partizipation sei aber nicht zu ueberhoeren. die zahlreichen buergerinitiativen sind ein ausdruck der unzufriedenheit der buerger. demokratie sei kein statischer begriff, sondern bedeute evolution. die direkte demokratie muesse dabei heute die zielvorstellung sein. die wiener verfassung traegt dem wunsch nach mehr mitbestimmung rechnung. die praxis wird aber enttaeuschung bringen. die oevp habe vorschlaege gemacht, um die instrumente der direkten demokratie wirkungsvoller zu gestalten. so seien zum beispiel zur einleitung einer volksbefragung 60.000 wahlberechtigte erforderlich, auch wenn das problem nur 20.000 menschen betrifft.

buergermeister gratz habe versprochen, dass die ausfuehrungsgesetze demnaechst vorliegen werden. dr. flemming brachte den a n t r a g ein, ueber den standort der kuenftigen brigittenauer bruecke nach ausarbeitung alternativer standorte durch den magistrat eine volksbefragung der betroffenen durchzufuehren.

(ger) (forts)

2040

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (23):

inneres und buergerservice (forts)

28 wien, 11.12. (rk) demokratie ist nur lebendig, wenn sie die kleinen sorgen des buergers ernst nimmt, erklarte gr. mag. k a u e r (oevp). 367.000 wiener haben sich bei den letzten wahlen distanziert, haben resigniert - das ist das klassische phaenomen der entfremdung.

der buerger muss den eindruck haben, dass mit einem seiner wesentliche rechte, dem wahlrecht, recht sorglos umgegangen wird. sonst koennte es nicht passieren, dass drei bis fuenf prozent der adressen im waehlerverzeichnis falsch sind und dass viele buerger im waehlerverzeichnis gar nicht aufscheinen. kauer kritisierte weiter die extremen unterschiede bei den wahlergebnissen der fliegenden kommissionen.

man muesste auch mehr auf die lebensform des buergers eingehen. die verlegung des wahltages auf einen wochentag waere zeitgemaess, ebenso die einfuehrung der briefwahl.

die dotierung des zivilschutzes ist mit 200.000 schilling jaemmerlich.

der neubau der feuerwehr landstrasse wird rund sechs jahre in anspruch nehmen. kauer stellte den a b a e n d e r u n g s a n - t r a g , die investitionsmittel fuer die feuerwehr um zehn millionen, die mittel fuer das inventar um fuenf millionen aufzustoeken und den bau der feuerwache landstrasse als aeusserst wichtige sache vorzuziehen. dafuer koennte fuer das informationswesen weniger ausgegeben werden. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (24):

inneres und buergerservice (schluss)

29 wien, 11.12. (rk) die informationen des presse- und informationsdienstes, die oftmals mit zustimmung der opposition angefertigt werden, sind keine befriedigung eines propagandabeduerfnisses, sondern geben praktische hinweise fuer das taegliche leben, betonte stadtrat peter s c h i e d e r (spoe). die pressefoerderung des landes wien und des bundes hat zwei verschiedene aufgaben. die pressefoerderung des bundes will die vielfalt der presseerzeugnisse erhalten, die pressefoerderung der gemeinde will nachrichten aus der kommunalpolitik den buergern als information zur verfuegung stellen.

zum postwurf volksabstimmung zwentendorf bedauerte stadtrat schieder den irrtum eines redakteurs, stellte aber gleichzeitig fest, dass die anregung zu dieser, wie gr. schaumayer es nannte 'teuren und ueberfluessigen broschuere' auch von gr. fuerst ausgegangen sei.

zu dem antrag von gr. dr. strunz erklaerte schieder, er habe der magistratsabteilung 22 den auftrag erteilt, schadstoffuntersuchungen bei zeitweise abgestelltem motor durchzufuehren und auch die emissionen zu messen, die durch das blockieren des verkehrs entstehen. die mittel fuer zahlreiche untersuchungen und messungen seien bei der ma 39 bedeckt.

informationen ueber die mietzinsbeihilfe gibt es schon seit 1975. eine broschuere wird jaehrlich neu aufgelegt, der text wird auszugsweise in wandzeitungen veroeffentlicht.

zur frage, ob man eine volksabstimmung initiativ durchfuehren sollte, beziehungsweise ob man ein gesetz nicht nur einbringen, sondern gleich beraten und darueber abstimmen sollte, verwies schieder auf einen bekannten rechtstheoretiker, der diese vorgangsweise die kuehnste form der demokratiebeseitigung nannte. erst mit dem beschluss der festlegung eines gebietes koenne man die menschenzahl feststellen.

das waehlerverzeichnis als abbild des meldeverzeichnisses bringe probleme mit sich, da viele menschen vergessen, sich bei neu-anmeldungen von ihrer alten adresse abzumelden. wiederholt proklamierete ankuendigungen ueber einen angeblichen wahlschwindel sollen nicht nur angekuendigt, sondern als fakten auf den tisch gelegt werden.

fuer den zivilschutz seien 200.000 schilling im budget ausgewiesen, doch werden zusaetzliche mittel von der feuerwehr und vom pid getragen. die lange bauzeit der feuerwache landstrasse sei bedauerlich, bringt jedoch keine schwaechung der einsatzkraft der feuerwehr mit sich.

abschliessend loeste stadtrat schieder ein vor jahresfrist gegebenes versprechen ein, ueber die ergebnisse des biologischen landbaues im bereich des land- und forstwirtschaftsbetriebs zu informieren. er liess den gemeinderaeeten kostproben von den auf diese weise gezuechteten karotten ueberreichen. (ba) (schluss)

ende des sitzungsberichtes